

für Halle monatlich bei postmässiger Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark usw.

Zeitung

Dreihundfünfzigster Jahrgang.

werbe: 1. Spalte, 30 mm bre. Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet u. in unferen Anzeigenstellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen.

Nr. 536.

Halle, Freitag, den 14. November.

1919.

Eine Demonstration geplant.

Berlin, 14. Nov. Vor dem Reichstagsgebäude fand heute vormittag anfänglich der bevorstehenden Versammlung des Friedenssaals von Hindenburg und Vandenhoff...

Aus dem Untersuchungsausschuss.

Berlin, 14. November. (Eigene Drahtnachricht.) Der parlamentarische Untersuchungsausschuss legte heute die Beschlüsse des früheren Staatssekretärs und Stellvertreters Dr. Helfferich vor...

Bislatanter Helfferich

Seine Mitteilungen. Er legte nochmals dar, daß der U-Bootkrieg nach seiner Ansicht keine Glaubenssache, sondern eine politische Handlung war...

Friedensvermittlung Wilsons niemals zu einem für uns annehmbareren Frieden

wissen konnte. Wir haben in jenen Tagen gefast, was in unserer Kraft lag, um nach Frieden zu kommen. Wir haben in unserer Antwort auf die Note des Präsidenten Wilson...

eine durchaus brauchbare Grundlage

für Vorfahrungen. Präsident Wilson bestritt sich aber nicht nur darauf, sondern er griff auch in einer zu weitgehenden Weise in unsere weiteren Kriegsziele ein...

leitung zu lebhaften Auseinandersetzungen.

Ich habe dabei die Ansicht vertreten, daß so leicht ich den Einzelfall würde, doch eine Antinomie der Wiedererlangung des verlorenen U-Boot-Krieges gegen die bewaffnete Handlung angeht...

durch ein Telegramm des Generals Ludendorff an den Reichstag vom 20. Dezember. Das Telegramm lautete: 'Nachdem Stob George sich in seiner letzten Rede entschieden gewehrt hat, auf das Friedensangebot der Mittelmächte einzugehen, bin ich auf Grund des Eintrages, den ich an der Westfront gewonnen habe, der Überzeugung, daß nunmehr der uneingeschränkte U-Bootkrieg mit aller Schärfe einsetzen müsse.'

Der Reichstagspräsident war demgegenüber der Meinung, daß zunächst die formelle Antwort der Entente abgemartet werden müsse und daß erst dann veränderungsgemäß der verstärkte U-Boot-Krieg einsetzen könne.

Neue Entente-Note in Sicht.

Paris, Versailles, 13. Nov. Der Präsident hat in seiner heutigen Vormittags-Sitzung den Entwurf einer Note an die deutsche Regierung gestiftet, in der mitgeteilt wird, daß die am letzten Sonntag in Oberösterreich stattgehabten Verhandlungen von den a. und a. Mächten für null und nichtig erklärt werden.

Neue hochverratige Vertriebe im Rheinland.

Wiesbaden, 13. Nov. (Eig. Draht.) Die Agitatoren für die 'rheinische Republik' berieten unter dem Namen 'Allgemeine Volksvereinerung' eine neue, den Absonderungsbestrebungen dienende Organisation vor. In einem solchen vertriebenen Aufzug wird als Zweck des Zusammenstufes die mit allen Mitteln zu betreibende abscheuliche Erziehung eines 'rheinischen Volkshauses' bezweckt.

Eine Rede Paderewskis.

Warschau, 13. Nov. Nach hier vorliegenden Meldungen aus Warschau sagte Ministerpräsident Paderewski in der gestrigen Montag-Sitzung: Die polnische Delegation wird alles daran setzen, um die polnische Delegation, somit die polnische Stadt Lemberg, dem Lande zu erhalten. Die Gewährung einer weitgehenden Autonomie in Ostgalizien sei bereits beschlossen.

Toslois Witwe f.

Paris, Konstantinopel, 13. Nov. (Havas.) Unter dem 4. November wird aus Sofia Poljana gemeldet, daß Toslois Witwe gestorben ist.

Beschränkung des Verkehrs in Polen.

Warschau, 13. Nov. Den Krakauer Blättern zufolge ist in Galizien und Konarce-Polen der Eisenbahn-Personenverkehr für zehn Tage stark beschränkt worden, um die Kohlenzufuhr aus Polen zu ermöglichen.

Truppenwechsel in Budapest.

Budapest, 13. Nov. Die Truppen der ungarischen Nationalarmee werden morgen, Freitag, vormittag in Budapest eingehen. Die Vereinbarungen gemäß werden die künftige rumänische Truppen vorzuziehen 4 und 7 Uhr den Wiener Stadtkriegskämmern. Bis 11 Uhr vormittags nimmt die Nationalarmee auch von dem Pesther Stadtkriegs Befehl. Am Samstag wird die ungarische Nationalarmee bereits an der Raaberg-Grenze stehen. Der feierliche Einzug des Oberkommandanten Mikolans von Gorthy erfolgt Sonntag vormittag. Der Fürstprimas, Kardinal Gernoth, wird auf dem Parlamentssplatz ein hocham gelehrt werden.

Friedenszustand mit Amerika?

Berlin, 14. November. (Eigene Drahtnachricht.) Amerika beschäftigt in kürzester Zeit den Friedenszustand mit den Mittelmächten aufzunehmen ohne Rücksicht auf die noch schwelenden Debatten über die Ratifizierung des Friedensvertrages. Demgegenüber besagt eine weitere Meldung aus Berlin, daß der Friedensvertrag wahrscheinlich nicht mehr vor Ablauf des Monats November in Kraft treten werde, da die Situation der europäischen Entente durch die unklare Haltung der USA immer schwieriger wird.

Deutschnationale Agitation.

Von M. Hüfner, Mitglied der Preussischen Landesversammlung.

Beschreibung für die Art der von der Deutschnationalen Volkspartei angestrebten Verwirklichung des ursprünglichen Finanzinteresses, die darin, daß es der Partei der Deutschen gar nicht zu tun ist um die Annahme ihrer Anträge.

In der Sitzung des Haushaltsausschusses vom 12. September 1919 erklärte der Finanzminister bei Beratung der einmaligen Teuerungszulage folgendes:

'Der Abg. Herrg, der die Lage unserer staatlichen Finanzen ganz besonders gut zu übersehen in der Lage ist, sagte, nach seiner Meinung komme es ihm weitestgehend darauf an, daß der Ausbruch der Staatsregierung den Mäßen zum Widerstand gegen weitergehende Anforderungen steife. Denn auch nach seiner Meinung ist die in der Vorlage der Staatsregierung vorgeschlagene Leistung des A. L. E. zu erheben, was nach dem gerade beantwortet werden kann, was die Verantwortlichen der Parteien im Hinblick auf die beiden dringlichen Maßnahmen nicht beachten. Denn statt die Regierung in ihrem Widerstand gegen weitergehende Forderungen zu stärken, erheben sie selbst immer neue Forderungen usw.'

Bei diesen neuen Forderungen war auch die Deutschnationale Volkspartei beteiligt. Also erst fordert der Führer dieser Partei die Regierung zum Widerstand gegen neue weitergehende Forderungen und dann bringt man selbst derartige Anträge ein. Ist das ethisches Spiel?

Zu diesen Anträgen gehörte auch ein vom deutschnationalen Abg. Dölge eingebrachter Antrag, in dem Erbit vom 4. März 1919 Nr. IV, Abs. 2 zu freiden. (Brennbestimmung für die Reichsbeschäftigten der Lehrer.) Entgegen seiner Stellungnahme hatte der Finanzminister die weitere Änderung getan, daß er bei Annahme solcher weitergehender Forderungen die ganze Vorlage über Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage zurückziehen müsse, um erst mit dem Reich weiter zu beraten. Zur Vermeidung dieser Verzögerung wurde eine Ablehnung der Anträge erfolgen. Der Abg. Herrg, als Führer der Deutschnationalen Volkspartei, hatte in die Regierung vorher zum Widerstand selbst erinnert. Infolge dieser Ablehnung hat nun die Deutschnationale Partei eine wilde Agitation gegen die Deutsche demokratische Partei in Szene gesetzt. Sie ist um so verwerflicher, als der Reichstag am 23. Mai bereits im Hinblick auf den von der Deutschen demokratischen Partei mit angenommenen wurde und demnach beim Amtssatz mit verabschiedet werden wird. Der bei obiger Gelegenheit von demselben Abgeordneten, der am 23. Mai als Redner und Schriftführer mitwirkte, erneut gestellte Antrag kann daher, wie es auch die Folge erwiesen hat, nur zu agitatorenischen Zwecken eingebracht worden sein. Verwerflicher ist diese Agitation noch von seiner Partei betrieben worden.

Auch hierfür noch ein Beispiel.

Die Beamten der Stadt Nordhausen hatten sich an den Finanzminister zwecks Veranlassung der Entlastung der Teuerungszulage bewandt und den demokratischen Abg. Hebelung und durch diesen auch die Deutsche demokratische Partei angefordert. Diese Unterstützung habe ich pflichtgemäß gerne gemährt und zu meiner Freude auch einen Erfolg erreichen können. Da ich eine tatkräftige Vertretung der Beamteninteressen nur für meine Pflicht als Abgeordneter halte, habe ich von diesem Erfolg, wie von vielen anderen, kein besonderes Aufsehen gemacht, sondern die Herren der Deutschnationalen Volkspartei. Sie haben sofort in Nordhausen durch die Zeitung verbreiten lassen, daß dieser Erfolg nur ihre in Wien zu verhandeln sei und daß daher die Beamten auch nur ihrer Partei angehören dürften. Nun das Schicksal und doch wieder Vertriebenheit! Ich stellte einwandfrei bei dem im Finanzministerium in Frage kommenden Gegenstand fest, daß sich in dieser Sache kein Vertreter der Deutschnationalen Partei und der Demokratischen Partei auch nur an ihn gewendet hatte, daß diese Partei also überhaupt nichts unternommen hatte zur Unterstützung des Antrages der Beamten in Nordhausen. Und nun dieses Schicksal mit fremden Federn und die demagogische Agitation.

Daß die Deutschnationale Volkspartei gegen früher auch heute noch nichts dazu gelernt hat, daß sie auch bereit ist, der Beamenschaft durch die Umwälzung verbriefte Rechte wieder zu nehmen, auch dafür noch ein Beispiel.

Die Beamenschaft erhebt allgemein förmlich die Forderung nach einer Demokratisierung der Verwaltung, nach einem Aufstiege Begabter bis in die höchsten Stellen ohne Rücksicht auf Herkunft und Verdienst. Sie will die Schranken zwischen Unter-, Mittel- und Oberbeamten ein für allemal beseitigt wissen. Hier liegt viel praktischer Arbeit für Parteien vor, die es mit der Beamenschaft ernst meinen. So ehrlich, wie es der demokratische Eisenbahnmittler seinen Beamten mit ihrem Antrag bezeugen hat, indem er die Anstellung als Oberbeamter nicht mehr als abhängig macht von der Ablegung der Staatsprüfung, um nun durch die Deutschnationale Volkspartei? Es bringt im Hinblick bei Beratung des Haushalts der neuen Regierung folgenden Antrag ein:

